

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

II-1087 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

WIEN, 16. Mai 1980

Zl. 01041/25-Pr.5/80

Gegenstand: Schriftliche parlamentarische Anfrage
der Abg.z.Nationalrat Rochus und Ge-
nossen, Nr. 424/J, vom 19.3.1980, betr.
eine unrichtige Anfragebeantwortung durch
d. Bundesmin.f.Land-u.Forstw. im Zusammen-
hang mit d. Schutz bäuerlicher Familienbe-
triebe vor Betrieben mit Massentierhaltung.

441/AB
1980-05-19
zu 424/J

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton Benya

Parlament
1010 Wien

Die gegenständliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Rochus und Genossen, Nr. 424/J, betreffend eine unrichtige Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Zusammenhang mit dem Schutz bäuerlicher Familienbetriebe vor Betrieben mit Massentierhaltung, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Frage:

Worauf gründen Sie die in der Anfragebeantwortung 269/AB vom 13.2.1980 aufgestellte Behauptung, daß die Burgenländische Landwirtschaftskammer einen Gemeinschaftsstall für 3.600 Mastschweine befürwortet habe?

Antwort:

Schon im Jahre 1977 entschlossen sich 10 klein- und mittelbäuerliche Betriebe in Pöttelsdorf und Walpersdorf, die zusammen 222 ha bewirtschaften, 3.600 Mastschweine außerhalb des Ortsbereiches in einem Gemeinschaftsstall zu halten.

- 2 -

Der Ankauf des Grundstückes, auf dem der Gemeinschaftsstall errichtet werden sollte, erfolgte am 5. Mai 1978. Aus steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Gründen gründeten die 10 Landwirte eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Bei Ausnützung der im Viehwirtschaftsgesetz gezogenen Grenze könnten die 10 Landwirte zusammen 4.000 Mastschweine halten. Die Bewilligung erfolgte für 3.600 Mastplätze.

Vor Erteilung der Genehmigung habe ich jedoch angeordnet, daß der Fall eingehend mit der Burgenländischen Landwirtschaftskammer abgeklärt wird. Am 10. Jänner 1979 haben die zuständigen Fachbeamten meines Ressorts ein eingehendes Gespräch mit Herrn KA. Dir. Dipl. Ing. Mollner geführt. Der Herr Kammeramtsdirektor hat dabei im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse des konkreten Falles positiv Stellung bezogen. Von dem Ergebnis dieses Gespräches wurde mir am 17. Jänner 1979 berichtet und ich habe daraufhin den Auftrag erteilt, daß das Ansuchen positiv zu erledigen ist.

Der Bundesminister

